

FÜR ANTIIMPERIALISMUS UND FRIEDEN - ES BRAUCHT EINE STÄRKERE PdAS

Unser Berner Genosse Timeo hat sich für die Parteileitung und das Präsidium der PdAS zur Verfügung gestellt und wurde am letzten Parteitag zum neuen Co-Präsidenten gewählt. Wir haben ihm im Vorfeld daher einige Fragen zu seinem Werdegang und seinen Ideen für die Partei gestellt.

Timeo, erzähl uns doch zum Anfang etwas über Dich.

Ich bin in einem kleinen Dorf im Tessin aufgewachsen, wo meine Eltern einen kleinen Lebensmittelladen hatten. Als Teil einer Familie mit deutschschweizerischen Wurzeln bin ich zweisprachig aufgewachsen. Im Wirtschaftsgymnasium in Bellinzona begann ich mich erstmals für Politik zu interessieren, insbesondere für die Volksrepublik China. Daher begann ich nach der Rekrutenschule (wo ich zu einem Antimilitaristen wurde) Chinastudien und Geschichte in Genf zu studieren. Für den Master wechselte ich an die Universität Bern, und schloss diesen Anfang 2023 mit einer Arbeit zur Geschichte der Tuwinischen Volksrepublik (1921-1944) ab. Während und nach dem Studium arbeitete ich in einer Firma für Büromaterial, bis ich im Oktober 2023 meine aktuelle Stelle als Doktorand in einem Forschungsprojekt der Universität Freiburg (Zeitgeschichte) antrat. Das Projekt setzt sich mit der Geschichte der christlichen Linken in der Schweiz auseinander, wobei ich mich in meinem Unterprojekt mit der Geschichte der christlichen Friedensbewegung seit 1945 beschäftige.

Durch meine politischen Ideen und das Studium gelang ich schnell in Kontakt mit der kommunistischen

Bewegung, ihrer Geschichte und den ideologischen Grundlagen. So stiess ich auch rasch auf die PdA und konnte mich sofort mit ihr identifizieren. Zuerst war es jedoch nur die Partei, die ich wählte, und deren Positionen ich teilte. Im Studium war ich neben der Arbeit auch in der Fachschaft aktiv und vertrat dort die Studierenden. Nach dem Studium wollte ich mich aber endlich auch politisch engagieren, und trat der PdA bei.

Du warst im Zentralkomitee und kandidierst jetzt für die Parteileitung und das Präsidium. Was sind Deiner Meinung nach die Stärken und Schwächen der Partei?

Die PdA hat vieles, was es braucht um eine starke kommunistische Partei zu sein. Sie hat eine reiche Geschichte und eine klare Identität. Die Partei hat nationale Strukturen und ist in allen Sprachregionen vertreten. Die Diskussionen im Zentralkomitee zeigen, dass die Partei lebendig ist und die parteiinterne Demokratie funktioniert.

Gleichzeitig hat die föderale Struktur auch negative Seiten. Es gibt teils grössere Unterschiede zwischen den Sektionen, was sich auch in den Diskussionen niederschlägt. Das ist an für sich kein Problem. Was mich jedoch stört ist, dass diese unterschiedlichen Positionen oft delegitimiert werden. Schon mehrmals habe ich die Anklage gehört, dass die jeweils andere Position "nicht marxistisch" sei. Ich halte dieses Totschlagargument für unangebracht. Eine starke kommunistische Partei muss auch unterschiedliche Positionen aushalten und schätzen können.

Wie kann die PdAS grösser und stärker werden? Worauf sollte sie sich in den nächsten Jahren konzentrieren?

Die kommunistische Bewegung kommt gerade aus einer historischen Schwäche heraus. Bei meiner Arbeit treffe ich immer wieder auf das Engagement von PdA-Mitgliedern, die auch in den Spitzenzeiten des Kalten Krieges, trotz massiver Repression, an

ihren Überzeugungen festhielten und sich trotz Isolierung weiter engagierten. Auch wir sollten unsere Überzeugungen weiter so deutlich und entschieden vertreten, wie es unsere GenossInnen mitten im Kalten Krieg gemacht haben. Wir müssen stolz auf die Errungenschaften unserer Bewegung sein, die entscheidend zum Ende des Faschismus, zur Entkolonisierung im Globalen Süden und zum Sozialstaat in Europa beigetragen hat. Es ist kein Zufall, dass die Krise der kommunistischen Bewegung mit der neoliberalen Hegemonie zusammenfällt. In dem Sinne müssen wir einerseits sicher unsere kommunistische Identität bewahren und aus dieser reichen Tradition schöpfen.

Andererseits müssen wir die heutigen Umstände und die konkreten Bedingungen in der Schweiz in Betracht ziehen. Wir müssen junge Menschen und die ArbeiterInnenklasse erreichen, sie auf unseren konstanten Kampf für Gerechtigkeit, gegen Unterdrückung und für eine bessere Zukunft aufmerksam machen. Zentral ist meines Erachtens dabei, dass wir die alltäglichen Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen und uns in erster Linie auf diese fokussieren. Auf nationaler Ebene bedeutet dies im aktuellen Kontext vor allem den Kampf gegen die zahlreichen Austeritätsvorhaben. Der Baustreik in Bern und der Kampf gegen die Sparmassnahmen in Freiburg, an denen ich mich zuletzt beteiligt habe, sind konkrete Beispiele.

Auf internationaler Ebene müssen wir unseren Kampf für den Frieden verstärken (der ja auch viel mit der aktuellen Austeritätspolitik zu tun hat). Die Friedensbewegung befindet sich in einer historischen Krise, ein grosser Teil davon hat sich selbst dem Imperialismus verschrieben. Wir dürfen in dieser Situation nicht nachgeben und müssen deutlich machen, dass wir als einzige schweizweite Partei klar Position gegen Imperialismus und Neokolonialismus ergreifen.

Schliesslich müssen wir alles tun, um stärkeren Zugang zu den Parlamenten auf allen Ebenen zu gewinnen, um dort die Stimmen aus den Bewegungen einzubringen und Druck zu erzeugen. Dort müssen wir als Stimme für einen starken und sozialen Staat und für Frieden wahrgenommen werden.

Du kandidierst für das Präsidium, was wäre dort Deine Rolle?

In Bern haben wir uns ernsthaft mit dem Co-Präsidium auseinandergesetzt. Wir sind der Meinung, dass das Präsidium die Gesamtpartei, alle Regionen repräsentieren und mit ihnen zusammenarbeiten und dialogisieren muss. Es ist ein Anliegen meinerseits, dass das Präsidium sich für eine stärkere Einheit zwischen den Sektionen einsetzt. Zu diesem Ziel kann ich nicht nur durch meine Sprachkenntnisse beitragen, sondern auch durch meine ruhige Art und den Willen zum Dialog und gegenseitigen Verständnis.

Neben der Annäherung und dem Austausch zwischen den Sektionen, würde ich natürlich auch meine politischen Sensibilitäten einbringen. In der aktuellen internationalen Lage halte ich es für wichtig, unsere antiimperialistische Position klar darzustellen und die liberale Erzählung von "Demokratie gegen Autoritarismus" in Frage zu stellen. Gegen den liberalen Imperialismus müssen wir uns durch ein klares Bekenntnis für nationale Souveränität, hier wie im Globalen Süden, und für friedliche Koexistenz positionieren.

PdA Bern im Interview mit Timeo Antognini

REDE AN DER PALÄSTINA- KUNDGEBUNG IN INTERLAKEN

Liebe Verbündete für ein freies Palästina

Wir sind heute hier, weil wir einen Völkermord, der in Echtzeit vor unseren Augen geschieht, nicht mehr schweigend hinnehmen wollen. Live übertragen, dokumentiert und ermöglicht von einem Weltsystem, das auf Ausbeutung und Unterdrückung aufbaut. Dasselbe System, das den Genozid in Palästina ermöglicht und davon profitiert, zerstört auch hier unsere Zukunft, unsere Lebensgrundlage und die Natur! Zwar leben wir in verschiedenen Realitäten – niemand leidet so sehr wie die palästinensische Bevölkerung – aber es sind dieselben Profiteure.

Es sind die DIESELBEN Konzerne wie Novartis und

Roche, die hier überhöhte Preise für lebenswichtige Medikamente verlangen und gleichzeitig die Genozidkasse der zionistischen Besatzung – auch bekannt als Israel - finanzieren! Das ist kein Zufall. Das hat System!

Die SUVA verdient an unserer Arbeit – wofür? Um das Geld von unserer Arbeit in zionistische Staatsanleihen zu investieren! Direkt in die Finanzierung des Genozids! Die SUVA macht Geschäfte mit unserem Schmerz. Hier und in Palästina.

DIESELBEN Krankenkassen und Versicherungen, die uns fürs Überleben zahlen lassen, investieren Milliarden in israelische Rüstungskonzerne. Investitionen in Bomben, die auf Palästina geworfen werden und dessen Bevölkerung gerade NICHT überleben lässt! Das ist kein Zufall. Das hat System!

DIESELBEN Pensionskassen, die uns auf die Strasse setzen, wenn wir die hohen Mieten nicht mehr bezahlen können, setzen auch Palästinenser*innen auf die Strasse. Sei es mit der Finanzierung illegaler Siedlungen auf geraubtem palästinensischem Land oder mit der Finanzierung der ethnischen Säuberung. Das ist kein Zufall. Das hat System!

Banken wie die UBS verweigern uns Kredite und treiben Menschen mit hohen Mieten in die Verzweiflung. Diese Banken investieren gleichzeitig in die israelische Genozidmaschinerie und lassen damit auch Palästinenser*innen verzweifeln!

Airbnb verwandelt Städte wie unser Interlaken in Touristenparks, in denen Normalverdienende kaum noch bezahlbare Wohnungen finden. In Palästina macht Airbnb Geschäfte auf dem Land der Vertriebenen, in illegalen Siedlungen! Airbnb verdient von der Vertreibung, hier und in Palästina!

Diese kapitalistische Logik der Profitmaximierung verbindet die Unterdrückung in Palästina mit unserer Ausbeutung hier. Das ist kein Zufall, das hat System. Es ist DASSELBE SYSTEM. Hier und in Palästina: Der Feind ist derselbe! Was in Palästina geschieht, ist kein isolierter Konflikt. Es ist der blutige Auswuchs eines globalen imperialistischen Systems.

Die zionistische Besatzung und ihre Verbündeten wollen uns spalten – doch wir durchschauen

ihre Taktik! Wer Palästina opfert, opfert auch die hiesige Lebensgrundlage. Wer Profit über Menschenleben stellt, zerstört unsere Zukunft – egal ob in Palästina, im Kongo, in Kurdistan oder in der Schweiz!

Die bürgerlichen Medien erzählen uns, Widerstand sei «Terrorismus». Aber der wahre Terror ist das System, das Kinder unter Trümmern begräbt, Indigene vertreibt, unsere Körper ausbeutet und die Ozeane vergiftet. Unsere Aufgabe ist es, diese Lügen zu entlarven – in jeder Diskussion, auf jeder Demo, an jedem Arbeitsplatz. Wir stehen an der Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten.

- In Palästina, wo der Widerstand gegen die Besatzung ein legitimes Recht ist.
- Im Sudan, in Kurdistan, in Somalia und im Kongo, wo Menschen gegen Kolonialismus und für Befreiung kämpfen.
- Weltweit, wo Bewegungen für Klimagerechtigkeit, Feminismus und Antirassismus denselben Feind bekämpfen: Ein System, das Menschen und Planet opfert.

Unser Kampf um ein lebenswertes Leben, unser Kampf für Klimagerechtigkeit und unser Kampf für die Befreiung Palästinas: Das ist ein gemeinsamer Kampf!

Die Herrschenden fürchten unsere Einheit am meisten. Denn diesen Kampf gewinnen wir nur gemeinsam – mit klarer Analyse und organisiertem Widerstand. Mobilisierung wie heute ist wichtig, aber nicht genug. Isolierte Kämpfe reichen nicht. Wir brauchen starke, langfristige Bündnisse! Bündnisse, die fortschrittliche Kämpfe verbinden! Bündnisse, die Wissen, Erfahrungen und Ressourcen teilen.

Ob Arbeiterinnen hier, Freiheitskämpferinnen in Qamishlo oder Vertriebene in Rafah: Gemeinsam lassen wir ihre Macht bröckeln. Deshalb müssen wir uns vernetzen. Nur so entwickeln wir eine langfristige Strategie. Unsere Gegner sind mächtig – aber die Unterdrückten siegen am Ende immer. Dafür müssen wir Verbindungen schaffen und Zusammenhänge erkennen. Denn moralische Empörung allein reicht nicht. Ohne Vernetzung scheitern wir – doch keine Macht ist unbesiegbare, wenn wir kollektiv kämpfen! Solidarität ist unsere Stärke.

Gemeinsam überwinden wir diese Ordnung und schaffen eine befreite, gerechte Welt.

Vergessen wir nie: Jede Niederlage des Imperialismus begann mit dem Mut der Vielen. Vietnam siegte gegen die USA, Südafrika stürzte die Apartheid – und Palästina wird frei sein!

**Es wird ein freies Palästina geben.
Es wird eine befreite Welt geben.
Free Palestine!**

Hoch die internationale Solidarität!

Jasmin Moser, Mitglied der PdA und KJ Bern, 18.09.2025

POLIZEIGEWALT AN DER PALÄSTINA- DEMO VOM 11.10.25

**Votum im Stadtrat Bern vom 16. Oktober 2025
zur Debatte aus aktuellem Anlass**

Liebe Anwesende

Zuallererst, die Gewalt und die Gewaltbereitschaft einzelner Demonstrierender ist zutiefst zu verurteilen. Bewusst Menschenleben in Gefahr zu bringen ist nie gerechtfertigt. Aber auch die staatliche Gewalt ist zu verurteilen. Ich sehe die Aufgabe des Stadtrates hierin: Unsere Aufgabe ist es, den staatlichen Rahmen und das Behördenhandeln zu prüfen. Wir müssen fragen, ob die Stadt ausreichend vorbereitet war und ob die Rahmenbedingungen solche Eskalationen begünstigen oder verhindern. Das ist für staatliche Institutionen aber besonders schwierig, weil sie sich dadurch gewissermassen entblössen müssten.

Denn wie Walter Benjamin vor über 100 Jahren in Zur Kritik der Gewalt schrieb, ist die Polizei nicht nur eine rechtserhaltende, sondern in weiten Grenzen auch eine rechtsetzende Gewalt, denn sie entscheidet, was als Gefahr gilt und wie darauf zu reagieren ist und kann so das Recht «in weiten Grenzen selbst setzen».

Im Moment der Entscheidung, was eine Gefahr ist

und mit welcher Härte eingegriffen wird, bewegt sich die Polizei an der Schwelle zwischen Recht und Unrecht und riskiert, zur Aufrechterhaltung der Ordnung das Recht paradoxerweise zu brechen. Genau so hat sie es auch am vergangenen Samstag getan. Und was der Gemeinderat bis anhin geleistet hat, ist es, die polizeiliche Gewaltausübung zu decken und die rechtssetzende Macht der Polizei nachträglich zu legitimieren. Hier müssen wir ansetzen – denn das ist es, worüber wir als Parlamentarier*innen diskutieren sollten:

War der Polizeieinsatz verhältnismässig? Laut den Demokratischen Jurist*innen Bern wurde vielerorts sofort zu Gummischrot gegriffen, noch bevor Wasserwerfer eingesetzt wurden. Diese wiederum wurden breitflächig gegen offensichtlich friedliche und unbeteiligte Personen eingesetzt.

Wurde rechtmässig gehandelt? Amnesty International spricht von beunruhigenden Berichten: Gummigeschosse aus kurzer Distanz, auf Kopfhöhe, ohne Vorwarnung – auch gegen Personen, von denen keinerlei Gewalt ausging. Solche Einsätze widersprechen geltenden Richtlinien für sogenannte nicht-letale Waffen. Amnesty untersucht aktuell über 200 Meldungen möglicher Menschenrechtsverletzungen.

Gibt es systematische Probleme? Beobachtungen deuten auf chaotische Kommunikation, fehlgeschlagene Deeskalation und eine mangelnde Trennung von friedlichen und gewaltbereiten Demonstrierenden hin. Aber auch komplett unbeteiligte: Ich selbst kenne mehrere Unbeteiligte, wie mein Onkel der aus Kalabrien zu Besuch war, die in die Schusslinie gerieten.

Unter den tausenden von Demonstrierenden befanden sich viele Familien mit Kindern, Rentner*innen, Jugendliche. Die grosse Mehrheit verhielt sich friedlich. Erst als der Demonstrationszug am Bundesplatz gestoppt wurde, kippte die Stimmung. Gewaltbereite eskalierten die Situation, doch auch der deutlich grössere Teil friedlich Teilnehmenden wurde bekam ab da Tränengas ab. Als dieser Teil versuchte, sich in Richtung Bahnhof zurückzuziehen, gerieten sie erneut zwischen die Fronten.

Die Stadtpräsidentin sagte: „Wer mit Stangen auf Polizisten einschlägt, nimmt diese nicht mehr als

Menschen wahr.“ Das ist die eine Seite, und diese Gewalt ist auch klar zu verurteilen. Die andere Seite, die weder der Gemeinderat noch die Stadtpräsidentin – wohl aus strukturellen Gründen – sehen, lautet: Wenn die Polizei mit Gummischrot und mit Reizgas versetzten Wasserwerfen am Bahnhof um sich schießt und Verletzungen von unbeteiligten Passant*innen und friedlichen Demonstrierenden in Kauf nimmt, nimmt sie diese ebenso nicht als Menschen wahr. Sondern als staatliche Objekte. Diese unschuldigen von polizeilicher Gewalt betroffenen Menschen zu verteidigen scheint weder ein Grossteil der Medien, noch der Gemeinderat übers Herz zu bringen. Das gilt es hier und heute zu sagen. Wer nur ein paar gewaltbereite Menschen verurteilen kann, ohne die eigene Verantwortung und staatliche Gewalt im Auge zu behalten ist auf dem selbstkritischen Auge blind. Diese Perspektive aber fehlt in der Kommunikation des Gemeinderats bisher vollkommen.

Bis heute hat der Gemeinderat laut Medienmitteilung der Polizei und sich selbst auf die Schulter geklopft und den ominösen schwarzen Block verurteilt. Von Beobachtungen von Amnesty oder DJB keine Spur. Das zeigt, wie schwer es dem Staat fällt, seine eigene Rolle kritisch zu hinterfragen. Oder, zugespitzt gesagt: Die Kritik an der polizeilichen Gewalt scheitert, weil der Staat in ihr nur sich selbst erkennen würde. So sagt der Gemeinderat in seiner Medienmitteilung ja auch, dass er den Polizeieinsatz mittrug. Die rücksichtslose Gewalt richtete sich nicht nur gegen Einsatzkräfte, schreibt der GR in der Mitteilung. Das Stimmt. Denn die Einsatzkräfte setzten ebenfalls rücksichtslose Gewalt ein. Darüber schweigt die Medienmitteilung aber.

Lassen wir uns also nicht von der Empörung über eine kleine Gruppe von Randalierenden ablenken. Unsere Aufgabe ist es, die demokratische Kontrolle staatlichen Handelns ernst zu nehmen – im Interesse aller Menschen in dieser Stadt.

Matteo Micieli, Stadtrat PdA Bern

DEMONSTRATION

SPARPOLITIK

TÖTET

KUNDGEBUNG

GEGEN KÜRZUNGEN BEI SOZIALEM, BILDUNG, ÖV, UMWELT UND KULTUR!

13.12., BERN BUNDESPLATZ, 15:00 UHR

BEWILLIGT



Mit einem umfassenden Sparprogramm will der Bundesrat die Kosten für die Militarisierung und die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung auf die Bevölkerung abwälzen - das lassen wir nicht zu? Komm am 13. Dezember nach Bern auf die Strasse!

Wir fordern:

- Aufhebung der Schuldenbremse
- Kostenlose und zugängliche Bildung, einschliesslich Ausbildung und ausserschulischer Bildung
- Reduzierung der Militärausgaben
- Kostenloser/erschwinglicher öffentlicher Verkehr für Menschen in der Ausbildung
- Emanzipationseinkommen für Menschen in der Ausbildung und Menschen bis 25 Jahre
- Bürger:innenversammlung zur Demokratisierung der Staatsausgaben

Kommunistische Jugend



PETITION

BYEBYE CASSIS!

DIE SCHWEIZ HÄLT SICH NICHT AN DIE VÖLKERMORDKONVENTION - IGNAZIO CASSIS MUSS ABTRETEN

Gemäss Artikel I der Völkermordkonvention verpflichtet sich die Schweiz, Völkermord zu verhüten und zu bestrafen.

Dies ist seit dem 6. Dezember 2000 im Strafrecht verankert, wird aber im Falle des Völkermordes, der von Israel betrieben wird, von Bundesrat Cassis ignoriert. Durch ihre Kooperation mit Israel unterstützt die Schweiz Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung, anstatt ihn zu verhüten und zu bestrafen. Der Völkermord ist inzwischen hinreichend von der UN, Menschenrechtsorganisationen und einer überwiegenden Mehrheit von Genozidexpert*innen belegt.

Der Fall ist klar: Mit seiner israelischen Agenda un-

tergräbt Cassis schweizerische Werte und Pflichten und muss zurücktreten.

WARUM IST DAS WICHTIG?

Es ist Zeit, die Aussenpolitik zu ändern und sich an die gesetzliche Völkermordkonvention zu halten. Das heisst: Sofortiges Beenden der militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Israel und Sanktionen gegen gewalttätige Siedler*innen, Soldat*innen sowie Behörden, welche das Völkerrecht verletzen.

CASSIS: EIN VOREINGENOMMENER AUSSENMINISTER

Das Problem ist klar:

Bewiesene Voreingenommenheit

Cassis diente als Vizepräsident der Freundschaftsgruppe Schweiz-Israel (2011-2017). Dies stellt einen offensichtlichen Interessenkonflikt bei der Führung der Nahostdiplomatie dar.

Übernahme israelischer Rhetorik

Cassis hat wiederholt israelische Rhetorik übernommen, insbesondere bezüglich der UNRWA, indem er die UN-Agentur für palästinensische Flüchtlinge als "Teil des Problems" bezeichnete, anstatt die humanitäre und diplomatische Verpflichtung der Schweiz zu verteidigen.

Ignorieren professioneller Ratschläge

55 ehemalige und aktuelle Schweizer Diplom*innen sowie über 250 EDA-Mitarbeitende haben wiederholt Cassis' Ansatz kritisiert, aber er beharrt auf seinem Kurs und untergräbt die Ethik und Expertise seines Departements.

Schweigen zu Kriegsverbrechen und Völkermord

Während die UN, NGOs und Expert*innen wiederholte und systematische Verletzungen des Völkerrechts und Völkermord dokumentieren, bleibt Cassis verdächtig still und gibt die historische Rolle der Schweiz als Verteidigerin des Völkerrechts auf.

Gefährdung der Schweizer Neutralität

Die selektive Empörung und offensichtliche Voreingenommenheit haben die Glaubwürdigkeit der Schweiz als unabhängige Vermittlerin untergraben.

Mangel an Kohärenz

Während die Schweiz Sanktionen gegen Russland wegen der Invasion der Ukraine verhängt hat, wurde bezüglich Israel nichts dergleichen getan, abgesehen von schwachen Verurteilungen und einigen unverbindlichen Empfehlungen.

WAS DIE SCHWEIZ JETZT TUN MUSS – DIE MINDESTFORDERUNGEN

Sofortige Anerkennung eines palästinensischen Staates, im Einklang mit der Schweizer Position zugunsten der Zweistaatenlösung (nach dem Vorbild des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Kanadas, Australiens und anderer).

Einstellung jeder militärischen Zusammenarbeit mit Israel, mindestens während der Dauer der Völkerrechtsverletzungen.

Aussetzung der Freihandelsabkommen mit Israel, bis die Einhaltung des Völkerrechts gewährleistet wird.

Verhängung gezielter Sanktionen und rechtliche Verfolgung gegen gewalttätige Siedler*innen, Soldat*innen sowie Behörden, die an Verletzungen des Völkerrechts beteiligt sind.

UNSERE FORDERUNG

Wir fordern den sofortigen Rücktritt von Bundesrat Ignazio Cassis aus dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, damit seine persönlichen Verbindungen nicht länger die neutralen schweizerischen Interessen beeinträchtigen.

Die Aussenpolitik der Schweiz muss der Schweiz dienen – und nicht den Interessen fremder Staaten.

Neutralität muss prinzipienbasiert und nicht gleichgültig sein. Die humanitäre Tradition der Schweiz muss universal und nicht selektiv sein.

Unterschreiben Sie diese Petition, wenn Sie denken, dass die Schweiz eine Führung ihrer Aussenpolitik verdient, die ihre Interessen priorisiert und dabei unsere humanitären Werte und unsere neutrale Glaubwürdigkeit auf der Weltbühne unterstützt.

Ivan Abegglen, Mitglied der PdA Bern

IDÉE CADEAU

ESSAI D'ÉCOLOGIE POLITIQUE ANTI-FASCISTE DE JÉRÔME SPIELMANN

Alors que les conséquences désastreuses du réchauffement climatique deviennent de plus en plus évidentes, les solutions pour nous en sortir semblent plus éloignées que jamais. En effet, la crise en cours coïncide avec l'essor spectaculaire d'une extrême droite qui nie ces réalités ou les détourne pour servir ses projets racistes et nationalistes.

Comment expliquer que la crise climatique renforce ces forces politiques qui n'ont aucune solution à proposer? Et, dans ce contexte, comment construire un mouvement écologiste capable d'entamer les transformations radicales nécessaires? C'est à l'examen et à l'élucidation de ces questions que ce livre est consacré.

En plus de l'analyse de la crise actuelle, il propose donc également des réflexions, des arguments et des stratégies concrètes pour y faire face. Il réalise cela, entre autres, en examinant des notions clés, comme la classe, le matérialisme historique, ainsi que les débats récents autour de la décroissance. En ce sens, cet ouvrage veut être un véritable manuel pour comprendre et combattre l'extrême droite à l'ère de la crise climatique.

Trouvez le livre sur Antifa.eco ou chez votre libraire !



VERANSTALTUNGSREIHE DER PdA BERN

80 JAHRE BEFREIUNG VON FASCHISMUS UND KRIEG

Vor genau 80 Jahren endete 1945 eine der dunkelsten Epochen Europas: Die faschistischen Regime Italiens und Deutschlands hatten den Kontinent in Krieg und Genozid gestürzt. Wie der antikoloniale Denker Aimé Césaire betonte, war der Faschismus der «nach Hause geholte Imperialismus» – eine brutale Machtpolitik, die zuerst nur die kolonialisierten Länder getroffen hatte und nun auch die europäischen Gesellschaften selbst zerfrass. Gleichzeitig diente er der Zerschlagung von Arbeiterbewegungen und kommunistischen Kräften, die als Bedrohung für die Machteliten galten. Diese Verbindung von Gewalt, Wirtschaftssystem und Herrschaft zeigt: Der Faschismus lässt sich nicht auf die Vergangenheit reduzieren und der antifaschistische Kampf ist noch lange nicht vorbei. Deshalb organisiert die Partei der Arbeit Bern eine Reihe von Veranstaltungen und Konferenzen, um dieses Thema zu vertiefen.

Nachdem wir uns in den ersten beiden Teilen unserer Veranstaltungsreihe mit dem originellen Faschismus in Italien und Deutschland sowie mit der späteren Diktatur Salazars in Portugal befasst haben, wollen wir in der nächsten Veranstaltung den Blick nach Griechenland richten. Aus diesem Grund möchten wir durch einen Film das Leben von Mikis Theodorakis würdigen, der sich sowohl gegen Nazi-Deutschland als auch später gegen die Diktatur der Obristen in Griechenland engagierte. Neben seiner politischen Rolle ist Theodorakis zudem einer der populärsten Komponisten Griechenlands. Im Anschluss erwartet Sie ein geselliges Beisammensein mit griechischer Musik und griechischem Essen.

PROGRAMM:

18:00 Uhr: Türöffnung
18:30 Uhr: Film über Mikis Theodorakis
**19:45 Uhr: Griechische Musik
und griechisches Essen**

Simo tutti antifascisti!



**MONTAG, 15. DEZEMBER 2025, AB 18 UHR IM
BREITSCH-TRÄFF, BREITENRAINPLATZ 27,
3014 BERN.**

Impressum:

PdA POP Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern
www.pdabern.ch / www.popbienne.ch
mail@pdabern.ch
Kontonummer: 30-26786-9
IBAN: CH51 0900 0000 3002 6786 9